



Warum ist meine
Miete so hoch?

der „plötzliche“ Wohn-
nungsmangel S.3

Fridays for Future?

Wie Alles mit Allem
zusammenhängt S.4

Quo vadis
Bildungssystem?

Die SDAJ hat sich
umgehört S.5

Gesundheit als
Ware?

Ihr seid doch krank!
Ameos/Sana S.9

Dr. Gniffkes
Macht um Acht

Die ARD als Komplize
beim Putsch... S.10

Nummer 9/2019

Zurück auf dem atomaren Pulverfass

Sie wollen Krieg - und dafür ist genug Geld da ...

Bereits heute führen Deutschland und die NATO Kriege im Nahen Osten und in Afrika. Spannungen zwischen China, Russland und dem Westen wachsen überall auf der Welt, wie jüngst auch das Beispiel Venezuela zeigt. Ein weltweiter Streit um Atomwaffen ist entbrannt, wie der US-Ausstieg aus dem INF-Vertrag belegt. Es ist höchste Zeit für Frieden und Abrüstung! Doch die deutsche Bundesregierung hat den entgegengesetzten Weg eingeschlagen.

Die Bundesregierung legte der NATO Mitte Februar ein Strategiepapier vor, in dem sie sich verbindlich zu einer Erhöhung der Investitionen in die Bundeswehr und deren Ausrüstung bis 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bekennt.

Zudem solle der Anstieg in den Jahren nach 2024 fortgesetzt werden.

Langfristiges Ziel ist es, auf 2 Prozent des BIPs zu kommen, welches von den USA innerhalb der NATO gefordert und von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angestrebt wird. Die geplanten Militärausgaben belaufen sich für 2019 auf 43,2 Milliarden Euro. Sollten sie bis 2025 auf 1,5 Prozent des BIP steigen, wären das auf Basis aktueller Werte fast 51 Milliarden Euro. Da aber die Wirtschaft derzeit wächst, ist es möglich, dass die deutschen Militärausgaben bis 2025 auf mehr als 60 Milliarden Euro steigen werden.

Im Vertrag der großen Koalition aus SPD, CDU und CSU heißt es: **weiter S.2**

Schnipsel

Kurt Tucholsky

Wegen ungünstiger Witterung fand die deutsche Revolution in der Musik statt.

Deutschland ist eine anatomische Merkwürdigkeit.

Es schreibt mit der Linken und tut mit der Rechten.

Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet worden ist, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg.

Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt.

Hieße sie seit dem August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleinern Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas - vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahingegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei.

So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.

Wie rasch altern doch die Leute in der SPD – Wenn sie dreißig sind, sind sie vierzig; wenn sie vierzig sind, sind sie fünfzig, und im Handumdrehen ist der Realpolitiker fertig.

Reiches Land - arme Kommunen

... aber kein Geld für das Leben?



Lebenswerte Bedingungen erwarten wir von unserer Kommune, danach wählen wir unseren Wohnort im Idealfall aus. Doch immer öfter können überschuldete Städte und Gemeinden in Südost-Holstein oder Lübeck wichtige Bestandteile dieses Umfeldes nicht mehr gewährleisten. Es ist kein Geld da. Ein Zufall - oder erleben wir hier vor Ort in Wirklichkeit die Auswirkungen kapitalistischer Klassenpolitik?

Erschwinglicher Wohnraum, eine bezahlbare und qualitativ hochwertige Versorgung mit Wasser und Energie, eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur mit guten Straßen, Bus- und Bahnanbindungen, erreichbare, kostengünstige und vernünftig ausgestattete Kindergärten und Schulen, eine umfangreiche Pflege- und Gesundheitsversorgung sowie ein sozial ausgewogenes Umfeld mit Naherholungs- und Grünflächen, **weiter S.6**





Zurück auf dem atomaren Pulverfass

Fortsetzung von S.1

„Europa muss international eigenständiger und handlungsfähiger werden.“ Was das konkret bedeutet, sagte Ursula von der Leyen auf der sogenannten „Münchener Sicherheitskonferenz“ im Februar vergangenen Jahres: „Es geht um ein Europa, das auch militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen kann.“ Das erfordert den Willen, militärisches Gewicht „auch tatsächlich einzusetzen, wenn es die Umstände erfordern“. Im Klartext: Mehr deutsche Soldaten im Krieg, mehr Geld für Aufrüstung.

Weiter heißt es: „Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Gleichzeitig wollen wir die Bindung an die USA festigen.“ Anstatt sich von der blutigen US-Kriegspolitik abzuwenden, wird das transatlantische Bündnis wie bisher - auch im Interesse deutscher Machtambitionen - gepflegt. Damit macht sich die neue GroKo mitschuldig an den Kriegen des Westens.

Die Bundeswehr übernimmt dabei immer mehr Führungsaufgaben sowohl in der NATO, unter anderem als Speerspitze in Osteuropa an Russlands Grenzen, als auch in dem neuen europäischen Militärbündnis PESCO (Permanent Structured Cooperation). Mit PESCO zielt die Bundesregierung darauf ab, die Streitkräfte der EU-Staaten enger miteinander zu verschmelzen, um langfristig eine Basis für gemeinsame Kriege zu schaffen.

Um auch die Rüstungsindustrien der EU-Länder stärker miteinander zu verzahnen, hat Brüssel zudem den EU-Rüstungsfonds geschaffen, der nun drastisch aufgestockt werden soll: Lag sein Budgetposten im zu Ende gehenden EU-Haushaltszeitraum (2014 bis 2020) noch bei 575 Millionen Euro, so soll er in der künftigen Etatperiode (2021 bis 2027) auf 17,22 Milliarden Euro verdreifacht werden. Laut aktuellem Planungsstand können die Mittel ohne Kontrolle durch das Europaparlament vergeben werden.

Deutsche Banken, die während der Weltwirtschaftskrise von 2008 mit Milliarden-schweren Rettungspaketen, bezahlt von den Steuerzahlern, am Leben erhalten wurden, leihen heute Milliarden an deutsche Rüstungsunternehmen, die von den

Rüstungsvorhaben der EU in Zukunft Milliarden Euro Gewinne erwarten können.

Neben den Verteidigungsausgaben stellt der Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag eine weitere Eskalationsstufe dar. Das Abkommen unterbindet die Produktion und den Gebrauch aller landgestützten (atomaren) Flugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer). US-Außenminister Mike Pompeo unterstellte der russischen Regierung, sie gefährde die Sicherheitsinteressen der USA, da die neuen russischen Marschflugkörper mit der Bezeichnung 9M729 (Nato-Code: SSC-8) einen eindeutigen Bruch des Abkommens darstellten.



„Der fehlende Wille der Amerikaner, sich Argumente anzuhören und substanzielle Verhandlungen mit uns zu führen, zeigt, dass die Entscheidung, diesen Vertrag zu brechen, in Washington schon vor langer Zeit getroffen wurde“, erwiderte ein Kreml-Sprecher auf die Anschuldigungen Pomepos.

Für Europa und speziell die Bundesrepublik bedeutet dies eine enorme Zuspitzung der atomaren Bedrohung. Schon hat sich Polen, der USA-treueste Vasall in der EU, gemeldet und die Bereitschaft zur Stationierung von US-Raketen auf polnischem Territorium rapportiert. Andere werden folgen. Neu ist: Die Raketen sind schneller, die Vorwarnzeiten kürzer, die „Chance“ einer Fehlreaktion größer. Das atoma-

re Pulverfass Europa wird gerade gut gefüllt und wir dürfen auf ihm wieder Platz nehmen.

Dabei ist es die NATO, die ihre Ost-Grenze immer weiter Richtung Russland verschiebt, die ihre Truppen in Polen und im Baltikum aufmarschieren lässt, die ihre Atombomben, u. a. im Rheinland-Pfälzischen Büchel modernisiert, d. h. aufrüstet und die mit einem sogenannten „Raketenschild“ Russland militärisch in die Knie zwingen will. Während dessen rollt schweres Kriegsmaterial durch Deutschland gen Osten. Im Rahmen der US-Operation „Atlantic Resolve“ bewegen sich nach Angaben der US-Armee seit Januar Konvois mit mehr als 5.400 Soldaten und unter anderem 80 Panzer, 120 Bradley-Kampffahrzeuge, 15 Panzerhaubitzen und 80 Kampfhubschrauber in Richtung der Westgrenze Russlands.

Die Haltung der deutschen Strategiekreise ist bemerkenswert. Zwar hat das Trump-Bashing geholfen, die deutsch-europäischen Aufrüstungsprogramme zu legitimieren, aber die Distanzierung geht nicht soweit, den US-Falken gegen Russland in den Arm zu fallen. Im Gegenteil, Deutsch-Europa hilft bei der Befüllung des Pulverfasses nach Kräften mit – natürlich freiheitlich-demokratisch und regelbasiert. Wenn es gegen „den Russen“ geht, ist Deutsch-Europa der nibelungentreue Vasall der US-Kriegsmaschine geblieben. Und wenn wir dabei untergehen. Wieder einmal. Vielleicht diesmal endgültig.

Die DKP schreibt in ihrem Programm für die EU-Wahl am 26. Mai: Die EU ist auf das Engste mit dem Kriegsbündnis NATO verbunden. Die Kriegsgefahr geht heute von der Aggression der NATO und der EU gegen die Russische Föderation und die VR China aus. Die USA drohen mit der Produktion von neuen atomaren Mittelstreckenraketen. Deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, nukleare Abschreckung in Europa selbst zu organisieren. Europa als Kriegsschauplatz mit atomaren Waffen - diese Gefahr für die Menschen in Europa ist heute real. Daher sagen wir: Deutschland raus aus der NATO! US-Atomwaffen raus aus Deutschland! Frieden mit Russland! Abrüstung jetzt!

Warum ist meine Miete so hoch?

Der „plötzliche“ Wohnungsmangel



Viel hört man über die Wohnungsknappheit in den großen Städten wie München und Berlin. Doch auch in Lübeck ist der Wohnungsmarkt nicht so verschieden, liegt doch die Stadt deutschlandweit auf Platz 4 mit einer Mietpreissteigerung von 30% im Zeitraum 2013 bis 2018.

Davon sind insbesondere kleine ein- und zwei-Personenhaushalte betroffen.

Hintergrund der steigenden Mietpreise ist eine Wohnungsknappheit. Es werden deutlich mehr bezahlbare Wohnungen benötigt, als neu gebaut werden.

Für die Immobilienkonzerne ist der Bau von Luxuswohnungen deutlich lukrativer als der von Sozialwohnungen.

Nach der kommunalen Wohnungsbauengesellschaft Trave ist auch der größte deutsche Wohnungskonzern Vonovia an zweiter Stelle in Lübeck vertreten und besitzt 7.400 Wohnungen. Der Konzern baut keine neuen Wohnungen, sondern kauft und modernisiert lediglich Bestände. Natürlich werden die Kosten für diese Modernisierungen durch eine drastische Mieterhöhung zurückgeholt, so sind bereits Mieten nach Übernahme durch Vonovia in Moisling, in St. Lorenz Süd oder auf Marli um bis zu 180€ gestiegen.

Normalerweise sind Mietsteigerungen nur beschränkt möglich, allerdings gilt diese Beschränkung nur bei bestehenden Mietverträgen nicht etwa bei neuen.

Bei "Verbesserungen", wie Modernisierungen der Wohnung ist es den Vermietern aber erlaubt, die Kosten für den Umbau anteilig auf die Mieter umzulegen. Wenn dann die Mieter den neuen Preis nicht mehr bezahlen können und ausziehen müssen, gelten auch die vorher genannten Beschränkungen nicht mehr.

Bei den großen Konzernen Vonovia,

Deutsche Wohnen und LEG Immobilien ist es üblich, durch Modernisierungen die Mieter zu vertreiben, um anschließend die Mieten deutlich erhöhen zu können.

Die Politik reagiert auf Wohnungsknappheit und Mietpreissteigerungen



nur sehr langsam, aber das ist auch nicht verwunderlich, immerhin sind sowohl der Sozialabbau, als auch die Steigerung der Mieten und damit der Profit genau so gewollt. Die Zahl der Sozialwohnungen ist von 3,9 Millionen in 1989 auf 1,27 Millionen in 2016 zurückgegangen.

Zwar werden Wohnungen auch von "wirtschaftsfreundlichen" Kommunalpolitikern privatisiert, allerdings wird auch von der Bundespolitik erheblich

Druck auf die Kommunen ausgeübt. Durch Steuersenkungen wurden den Kommunen die Einnahmen gekürzt, während gleichzeitig die Schuldenbremse verbietet, dieses durch die Aufnahme von Schulden auszugleichen. Den so verarmten Kommunen blieb und bleibt kaum etwas anderes übrig, als Ausgaben für

soziale Zwecke zu kürzen und gleichzeitig öffentliches Eigentum zu verkaufen.

Den Käufern liegt aber nicht das Interesse der Bewohner am Herzen, sondern lediglich der durch sie zu erzielende Profit. Dabei umgehen sie auch mit den Kommunen abgeschlossene Verträge oder lassen sie sogar gleich von den Gerichten für ungültig erklären.

So hat erst im Februar 2019 der Bundesgerichtshof Verpflichtungen zu unbefristeten Sozialmieten für ungültig erklärt - nachdem der klagende Konzern diese vorher gegen deutlich verbilligtes Bauland und ein zinsgünstiges Darlehen akzeptiert hat.

Kurzfristig entlasten ein Mietpreisstopp und die Anhebung des Wohngeldes ärmere Mieter/innen, aber längerfristig muss neuer, bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen.

Dazu müssen leerstehende Häuser saniert und anschließend neu vermietet sowie neuer Wohnraum gebaut werden.

Hinter den Wohnungskonzernen steht letztendlich ein Profitinteresse und dieser Profit wird entweder von den Mietern gezahlt wie auch von den Kommunen in Form von Wohngeld oder Fördermitteln.

Deswegen ist der kommunale Wohnungsbesitz von zentraler Bedeutung, denn nur hier kann das Interesse der Bewohner im Vordergrund stehen.

Kommunaler Wohnungsbesitz kann die Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohnungen direkt beeinflussen und auch bei den Mieten setzt er ein Maximum, unter dem kaum jemand eine vergleichbare Wohnung zum Zwecke der Profitmaximierung vermieten kann.



Foto: Uwe Schlick



Fridays for Future

oder wie Alles mit Allem zusammenhängt

In den letzten Wochen erregte die Fridays for Future Bewegung, die bereits im August 2018 von der schwedischen Schülerin und Klimaaktivistin Greta Thunberg initiiert wurde, große Aufmerksamkeit.

Auf der einen Seite kritisieren einige Erwachsene, die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, werfen ihnen vor lediglich die Schule zu schwächen und darüber hinaus selbst keine Lösungen anzubieten. Unter den Gegenstimmen sind auch Politiker/innen zu hören, wie auch vom FDP Bundesvorsitzenden Christian Lindner, der der Ansicht ist, man könne von Kindern und Jugendlichen nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge verstehen, vielmehr sei dies [der Kampf gegen den Klimawandel, Anm. d. R.] eine Sache für Profis.

Auf der anderen Seite erleben die Schüler und Schülerinnen große Unterstützung seitens von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Schweiz, Österreich und Deutschland.

Die „Scientists4future“ haben in einer gemeinschaftlichen Aktion zur Unterzeichnung der Stellungnahme, die sich mit der Fridays for future Bewegung solidarisiert, aufgerufen. In der Stellungnahme bestätigen sie das Anliegen der jungen Aktivisten zum Klimaschutz. Darüber hinaus befindet sich im Anhang eine Übersicht einiger wichtiger Fakten. Diese 20 Fakten sind nicht nur wissenschaftlich belegt, wie z.B. der enorme Einfluss von Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen und dessen Folgen. Diese Auflistung verdeutlicht ebenfalls die gesamtgesellschaftlichen wie globalen Zusammenhänge.

Was passiert in Lübeck?

Auch in Lübeck gab es schon mehrere Demonstrationen, so auch am 15. März mit etwa 2800 Teilnehmenden. Außerdem planen die Organisatoren in Lübeck Gesprächsrunden mit den Verantwortlichen aus den Energie- und Verkehrssektor, um ihre Forderungen vorzustellen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Neben den Schülerinnen und Schülern solidari-

sieren sich auch Studierende sowie weitere Jugendverbände.

Die Auswirkungen der Klimakrise

Denn Fakt ist auch, dass die Folgen der ökologischen Krise sich an den Schwächsten auswirken. Wie zum Beispiel in Form von vermehrt auftretenden Umweltkatastrophen, Hitzeperioden, die Ernteausfälle und somit eine Verknappung der Lebensmittel bewirken. Dies erhöht die Gefahr von sozialen und militärischen Konflikten sowie eine Verstärkung der Migration



Foto: zdf

Was mit der jungen Schwedin Greta Thunberg als einzelne Schülerin im August 2018 begann...

von Menschen, die aus den betroffenen Regionen fliehen müssen. Solange profitgierige Großkonzerne über Ressourcen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien und weitere mögliche Lösungsansätze verfügen, wird sich auch in naher Zukunft kaum etwas ändern.

Denn die Wirtschaftlichkeit erfährt eine höhere Priorisierung in Deutschland als der Gedanke an eine gesicherte Zukunft für die nachfolgenden Generationen.

Warum ist Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Kapitalismus nicht möglich?

Die Interessen der Unternehmen und Konzerne widersprechen sich mit den

Anforderungen, die Klimagipfel und andere internationale Konferenzen als Maßstab festlegten, um den Klimawandel abzuwenden. Die Unternehmen brauchen in ihren kapitalistischen Verhältnissen ständiges Wirtschaftswachstum, um sich in der internationalen Konkurrenz behaupten zu können. Dies geht eindeutig auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie natürlichen Ressourcen. Insbesondere ist dies der Fall, wenn die Produktionsstätten aus Gründen der Kosteneinsparung ausgelagert werden. In diesen - je nach Branche - oftmals Südostasiatischen Ländern, werden die dortigen Gesetzesauflagen entweder nicht eingehalten oder es existieren gar keine. Dies hat zur Folge, dass die dort tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter teils giftigen Emissionen und anderen Gefahrstoffen ausgesetzt sind. Oder es werden, beispielsweise bei der Produktion von Kleidungsstücken, die Abwässer nicht ordnungsgemäß abgeführt, sondern direkt in die Umwelt eingelassen. Diese Ausbeutung der Arbeitenden und der natürlichen Ressourcen, ist ein Preis der gezahlt wird, um weiterhin den Profit zu vergrößern

Die Rolle der Arbeitnehmerin, des Arbeitnehmers in der Energiewende

Die Interessen der Herrschenden und Unternehmen lassen sich ebenfalls daran erkennen, dass die notwendigen Entwicklungen zur Umsetzung der Energiewende und Einsatz neuer Technologien auf den Rücken der Arbeitenden austragen werden sollen. Durch massive Preissteigerungen der Strom- und Heizkosten wird dafür gesorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger belastet werden. Dagegen muss die energieintensive Industrie kaum oder gar keine EEG-Umlage bezahlen, der Strompreis für Industriebetriebe liegt bei knapp der Hälfte des Preises für private Haushalte. Ein ebenfalls wichtiger Aspekt ist der Verkehrssektor in Deutschland. Die Automobilindustrie hat eine große Lobby, die sich vehement gegen Restriktionen und Weiterentwicklungen wehrt. Dagegen wird die Nutzung sowie der Ausbau



des ÖPNV kaum vorangetrieben und stattdessen weiterhin auf den Individualverkehr eingegangen.

von Haushaltsgeräten, darüber hinaus ist auch das Heizverhalten sowie das korrekte Lüften maßgeblich.

und leben leisten kann, und zum Anderen reichen diese Schritte insgesamt nicht aus.

Welche umweltfreundlichen Lösungen gibt es?

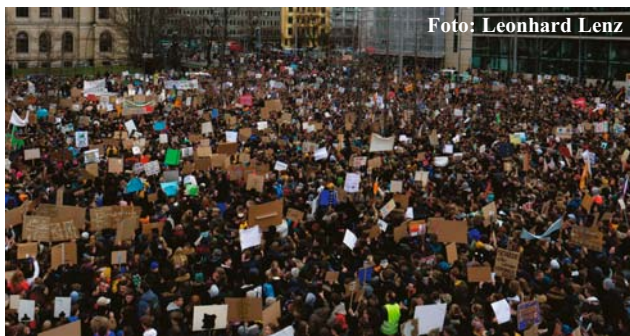
Unter einigen Kommentaren zum Thema Klimawandel kritisieren manche Leser, dass der Einzelne kaum eine Rolle spielt um global, oder auch bundesweit einen Fortschritt Richtung Umweltschutz zu erreichen.

Dies ist allerdings nicht wahr. Vielmehr können die Menschen mit einem reflektierten Umweltbewusstsein ihren Teil dazu beitragen.

Denn ein nicht unwesentlicher Anteil der Energie wird auch in privaten Haushalten verbraucht. So können mit Hilfe von Beratungsangeboten und Recherche, einfache Haushaltsgeräte oder Verhaltensweisen im Alltag hin zur Umweltfreundlichkeit optimiert werden. Zum Beispiel lohnt sich der Blick auf Energielabel beim Neukauf

Kritischer Konsum

Ebenfalls beim Einkauf von Lebensmitteln kann der Konsument selbst entscheiden, welche Produkte eingekauft werden. Da sind die Stichworte regional und saisonal entscheidend. Auch eine Recherche des Stroman-



... ist inzwischen zu einer weltweiten Bewegung geworden!

bieters lohnt sich, hin zum Ökostrom. Allerdings helfen alle Bemühungen und Veränderungen nicht, wenn es zum einen eine finanzielle Frage ist, ob man sich „nachhaltig“ einkaufen

System change, not climate change

Auf Dauer ist auch der Einfluss des Einzelnen begrenzt. Durch den Kapitalismus und den damit verbundenen Konflikten, kann es keine langfristige Lösung zum Klimawandel innerhalb dieses Systems geben. Vielmehr sollte das Interesse der Mehrheit der Menschen im Vordergrund stehen, statt das der Unternehmen und einzelnen besser verdienenden Menschen. Durch die Verschiebung der wesentlichen Interessen hin zu den Bedürfnissen der gesamten Mehrheit, kann diese am effektivsten Lösungen entwickeln und gemeinsam umsetzen. Durch die Aufhebung des Klassenwiderspruchs können bezahlbare und intelligente Vorhaben erreicht werden, die zur Rettung unserer Umwelt beitragen.

Quo vadis Bildungssystem?

Die SDAJ hat sich unter den Schülerinnen und Schülern umgehört

Angeblich sind die Schülerinnen und Schüler von heute unsere Zukunft, doch im Kapitalismus bedeuten sie nur zukünftige Profite. Damit diese möglichst hoch sind, sollen einerseits die Kosten für die Bildung möglichst niedrig sein und andererseits soll das Bildungssystem schnell marktkonforme Arbeiter und Arbeiterinnen liefern - austauschbar und an Leistungsdruck gewöhnt.

Um diese Ziele zu erreichen, wird an den Schulen gespart, wo es nur geht. Über G8 und Profilloberstufen wurden die Unterrichtszeit verkürzt und die

Inhalte auf Kosten der Allgemeinbildung vereinheitlicht.

Der Leistungsdruck nimmt in den letzten Jahren deutlich zu, während die Inhalte auf der Strecke bleiben. Nach einer Umfrage der SDAJ Lübeck wünschen sich viele der befragten Schülerinnen und Schüler einen inhaltlich umfangreicheren Unterricht. So wurden häufig weitere Fremdsprachen, aber auch, insbesondere an den Berufsschulen, mehr allgemeinbildender Unterricht genannt.

Doch auch beim Geld werden die Konzerne durch Steuergeschenke

entlastet, während gleichzeitig immer mehr von den Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern gefordert wird und das obwohl nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes bereits jedes dritte Kind in Lübeck in Armut aufwächst. In der Umfrage der SDAJ Lübeck beklagten sich viele über die übermäßig hohen Kosten für Fahrkarten und Kopiergeld. Auch über die hohen Preise für das Essen in der Schule und für Lernmaterialien wie Bücher wurde sich beschwert.

Staatliche Hilfe durch das Bildungs- und Teilhabepaket gibt es kaum. Das zur Verfügung gestellte Geld reicht längst nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Bei Hartz IV wird das Geld nur selten rückerstattet denn Quittungen werden nicht immer ausgestellt und auch sonst werden die Ausgaben für die Schule nicht immer übernommen. Zudem stellt der bürokratische Aufwand auch eine zusätzliche Belastung dar, die manche Eltern schon von vornherein abschreckt.



www.sdaj-luebeck.de



Reiches Land - arme Kommunen

Fortsetzung von S.1

kulturellen Angeboten wie Schwimmbädern, Restaurants, Cafes, Büchereien, Kinos, Theatern, Konzerthallen und einer ausgewogenen städtebaulichen Infrastruktur mit Lebensmittel- und Einzelhandel sind das Umfeld, in dem man leben möchte. Dies sollten unsere Kommunen im Idealfall bieten. Im Idealfall? Oder sind dies nicht ganz normale Bedürfnisse des täglichen Lebens für die der Staat sorgen sollte?

Die Realität sieht zumeist anders aus:

Seit einigen Jahrzehnten verschlechtern sich unsere Lebensumstände radikal. Überschuldete Kommunen müssen Teile der allgemeinen Grundversorgung aus Geldmangel an private Investoren verkaufen oder den Betrieb einstellen. Der öffentliche Nahverkehr und die Verkehrsinfrastruktur sind schlecht oder wurden, wie der „Herrentunnel“ oder der Hafen in Lübeck, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser in Ostholstein, Lübeck und Stormarn privatisiert. Das Angebot an sozialem, bezahlbarem Wohnraum nimmt immer weiter ab, Schulen oder KiTas sind marode... Die Liste der Mängel in der Grundversorgung ließe sich nahezu beliebig fortführen. Immer wieder heißt es, dass einfach kein Geld in den klammen Kommunalhaushalten da sei.

Nur exemplarisch sei hier auf die steigenden Mieten hingewiesen, die im Bundesdurchschnitt seit 2010 um 25 Prozent gestiegen sind, während die Verbraucherausgaben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur um 10 Prozent gestiegen sind. Für ärmere Schichten der Bevölkerung, aber auch für immer größere Teile der sogenannten „Mittelschicht“, wird städtischer Wohnraum immer mehr zur No-Go-Area. Das ist eine strukturelle, staatlich organisierte Diskriminierung, die in öffentlichen Diskursen über Diskriminierung nicht nur bei der Monopolpresse, sondern auch bei sich fortschrittlich gebenden politischen Kräften nicht existieren - die der „Überflüssigen“ eben.

Die Kommunen sind als kleinste Einheit der Gebietskörperschaften Teil des kapitalistischen Staatsapparates, welcher im Interesse der Banken und Konzerne agiert. Wie andere Körperschaften des Staates (zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit) dienen sie schlussendlich der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen der großen Konzerne. Dadurch entsteht ein Widerspruch zwischen kommunaler Selbstverwaltung einerseits und Durchsetzung zentraler Interessen des Bundes andererseits. Er führt im Ergebnis zu einem geplanten finanziellen Ausbluten der Städte und Gemeinden zugunsten von privaten Kapitalinteressen.

zu digitalisieren. Was im ersten Moment beeindruckend innovativ klingt, mitunter auch sein mag, ist im Kern vor allem ein beeindruckendes Subventionsprogramm für die Autokonzerne.

Denn Ziel ist zum Beispiel, dass Busse im ÖPNV durch E-Busse ersetzt werden, die mit ca. 700.000 € Stückpreis ungefähr doppelt so teuer sind wie Dieselsebusse. Zwar wird diese Neuanschaffung von E-Bussen durch den Bund mit 122 Mio. € unterstützt. Aber das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wie das Beispiel München zeigt: Eine Kompletttausch der 500 Busse der MVG würde geschätzte 350 Mio. € kosten - damit wären die Bundesfördermittel einerseits komplett aufgebraucht, würden aber noch nicht einmal den Bedarf dieser einen Stadt decken.

Nun sieht das Programm „Saubere Luft“ keine Zwangsmaßnahmen vor - sprich: Keine Kommune muss sich neue E-Busse anschaffen. Aber das ist auch gar nicht nötig. Durch die Überschreitung der Luftschadstoff-Ausstöße nach EU-Vorgaben drohen dann eben Dieselfahrverbote, die kommunale Vertreter natürlich unter allen Umständen vermeiden wollen. Profiteure dieses Streits zwischen Bund und Kommunen sind die Autokonzerne: Sie werden für die von Ihnen fabrizierten Abgaskandale nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern nutzen die Krise, auf dem Rücken breiter Bevölkerungsteile, um ihre Profite zu sichern und die deutsche Verkehrsinfrastruktur in ihrem Interesse umzustrukturieren.

Gesundheit als Ware? Das ist doch krank!

Keine Profite mit der Gesundheit!
Wählt Kommunisten!

Lübeck Südost-Holstein
DKP

dkp-luebeckostholstein.blogspot.com

Ein Beispiel: Ende vergangenen Jahres fanden diverse Dieselpipfel der Bundesregierung statt - auch mit Vertretern der Kommunen. Der Streitpunkt: Während die Bundesregierung die Kommunen dafür kritisierte, dass sie das Regierungsprogramm „Saubere Luft“ nicht hinlänglich umsetzen würden, klagten die Städte und Kommunen, dass die Fördermittel des Bundes ausgeschöpft seien. Worum drehte sich dieser Konflikt im Kern? Ganz einfach: Das Programm „Saubere Luft“ setzte sich zum Ziel, die urbane Verkehrsinfrastruktur zu elektrifizieren und Verkehrssysteme

Staatliches Agieren, dass zum Ziel hat, die Konzernprofite auf Kosten der Bevölkerung durchzusetzen

Seinen deutlichsten Ausdruck in unseren Tagen findet dieser Mechanismus in der forcierten Aufrüstung der Bundeswehr, die nicht allein im Interesse von Rüstungsprofiteuren erfolgt, sondern einem übergeordneten strategischen Interesse des deutschen Kapitals ent-

Reiches Land - arme Kommunen



springt. Diese Aufrüstung - die Mobilisierung von Steuergeldern für eine Aggression, die sich vor allem gegen Russland richtet - steht dem Investitionsbedarf der Kommunen allein für die Instandsetzung kommunalen Eigentums wie Verkehrswege, Schulen oder Wohnungen diametral entgegen.

Ein weiteres Beispiel ist die bereits erwähnte Mietsteigerung um 25 Prozent in den letzten acht Jahren. Dass diese Mietsteigerungen möglich sind, hat mitunter einen ganz einfachen Grund: Der Wohnungsbau in öffentlicher Hand wurde bundesweit in den letzten 30 Jahren nicht nur eingestellt, sondern kommunale Wohnungsbestände wurden zu großen Teilen schlichtweg verschербelt an Immobilienhaie wie zum Beispiel „Vonovia“ oder die „Deutsche Wohnen“ – eine Gründung der Deutschen Bank, die nebenbei unter Mieterinnen und Mietern berüchtigt ist. Insgesamt sind von 3,9 Millionen Sozialwohnungen in der BRD Ende der 80er Jahre, trotz vergrößerter Bevölkerungszahl durch die Annexion der DDR, 2015 nur noch 1,4 Millionen Sozialwohnungen vorhanden. Dieses Beispiel soll zeigen: Privatisierung von Wohnraum ist ein Klassenkampf, der auf kommunaler Ebene ausgetragen wird, wenngleich die Ursache der Privatisierung nicht allein auf der kommunalen Ebene zu verorten ist.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die finanzielle Situation der Kommunen massiv verschlechtert. Diese finanzielle Notsituation hat zu einer massiven Einschränkung sozialer Rechte für die Werktätigen und

der demokratischen Selbstverwaltung geführt. Die Kolleginnen und Kollegen der öffentlichen Daseinsvorsorge waren in den letzten 30 Jahren relativ betrachtet durch Privatisierungswellen, etc. stärkeren Angriffen ausgesetzt als die KollegInnen in den Zentren der industriellen Produktion – das gilt übrigens auch für anstehende Rationalisierungswellen im Zuge der

fortschreitenden Digitalisierung. Diese massive Einschränkung sozialer Rechte für die Werktätigen und der demokratischen Selbstverwaltung ist das Ergebnis einer gezielten staatsmonopolistischen Umverteilung zugunsten des Kapitals.

Diese These widerspricht im ersten Teil zunächst mal dem allgemeinen Tenor der aktuellen Medien-Berichterstattung, die 2018 einen „Rekordüberschuss für den deutschen Staat“ vermeldete und dabei auch die kommunalen Überschüsse mit 6,6 Mrd. Euro benannte, während der deutsche Landkreistag kommunale Überschüsse 2018 insgesamt in Höhe von 7,6 Mrd. Euro prognostizierte - das wäre fast eine Verdoppelung der Überschüsse gegenüber 2017.

Das wir trotz dieser Wirtschaftsdaten von einer finanziellen Notsituation der Kommunen sprechen, hat damit zu tun, dass es zumindest nur die halbe Wahrheit ist, wenn die Medien zum Beispiel als Ursache für die Überschüsse das Wirtschaftswachstum anführen. Denn abgesehen davon, dass die momentanen Überschüsse nichts an der Verschuldung unserer Kommunen ändern, ist darüber hinaus die ganze Wahrheit, dass die Überschüsse in den Kommunen auch das Ergebnis jahrelang ausbleibender Investitionen der Kommunen sind.

So liegt der Investitionsbedarf der Kommunen nach Berechnungen der KfW-Bank 2018 bei 159 Mrd. Euro – zum Vergleich: Das sind fast 50 Prozent des Bundeshaushalts 2018 (343,6 Mrd. Euro). Alarmierend ist dabei nicht allein die Höhe des Investitionsbedarfs, sondern der

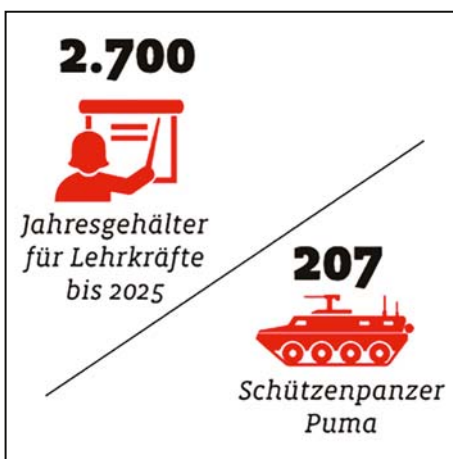
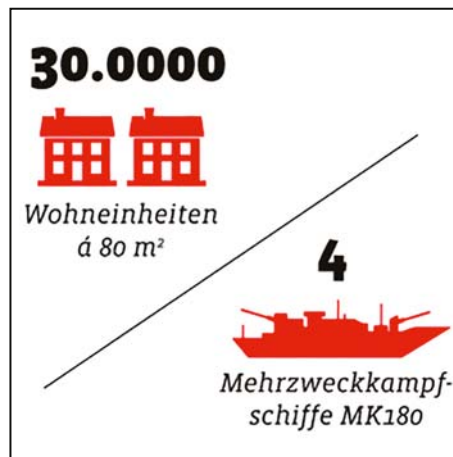
Anstieg um über 30 Mrd. Euro in nur einem Jahr gegenüber 2017. Die Ungleichheit der Kommunen vertieft sich dabei, da die Kommunen mit den geringsten Einnahmen häufig auch die Kommunen sind mit den größten Sozialausgaben aufgrund der höheren Erwerbslosigkeit.

Da ausgerechnet diese Kommunen wiederum aufgrund ausbleibender Investitionen nicht in der Lage sind, Förderungen vom Bund bei Investitionen abzugreifen, sehen sich Kommunen in strukturschwachen Regionen gezwungen, kommunales Eigentum durch Nicht-Instandsetzung verrotten zu lassen

- und sind schnell dabei, alles abzustößen, was nicht zu den Pflichtausgaben der Kommunen zählt: Also Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren, Museen und ähnliches, was für das sozial-kulturelle Leben der Bevölkerung gerade in den verarmten Regionen von großer Bedeutung ist.

Nun ließe sich dem zweiten Teil unserer These, dass die finanzielle Notlage der Kommunen das Ergebnis einer gezielten staatsmonopolistischen Umverteilung sei, sicher etwas entgegensetzen. Man könnte entgegnen: Die Kommunen waren solange in der finanziellen Notlage, solange das Wirtschaftswachstum negativ oder sehr niedrig war - jetzt, in einem Konjunkturjahr wie dem vergangenen Jahr 2018, sprudeln auch wieder die Einnahmen der Kommunen durch Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

So schätzt es zum Beispiel auch der Deutsche Städtetag ein und warnt schon jetzt davor, dass die Kommunen den Gürtel enger schnallen müssten, weil der nächste Abschwung schon an die Tür klopfe. Falsch an dieser Betrachtung ist keineswegs, dass die nächste Rezession vor der Tür steht. Falsch ist nur die Akzeptanz, dass es quasi ein Naturgesetz sei, dass die Notlage der Kommunen sich im Gleichklang zur





Reiches Land - arme Kommunen

Fortsetzung von S.7

Konjunkturlage zu verhalten habe. Diese Propaganda mögen neoliberale Apologeten der „marktkonformen Demokratie“ sogar selbst glauben - aber die 1 Prozent der Reichsten in diesem Land können über solche neoliberalen Märchen insgeheim nur schmunzeln. Denn sie wissen, dass sie selbst seit 1998 rot-grüne Steuergeschenke im Wert von 50 Mrd. Euro bekommen haben - pro Jahr und zwar völlig unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage.

Gleichzeitig - und auch das erfolgte völlig unabhängig von der Konjunkturlage - ist im gleichen Zeitraum der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen von 20 auf 13 Prozent gesunken. Das meinen wir mit einer gezielten Politik zur Verarmung der Kommunen, während das Märchen weiter verbreitet wird, wir würden in Deutschland über unsere Verhältnisse leben.

Neben der gezielten Steuerumverteilung zu Lasten der Kommunen kommen weitere Maßnahmen des Bundes hinzu, die finanziellen Spielräume der Kommunen einzuschränken bzw. faktisch das im Grundgesetz verankerte Budgetrecht der Kommunen außer Kraft zu setzen. Ein Meilenstein hier war die Abwälzung der Kosten der Unterkunft für ALG-II- Empfänger im Rahmen der Hartz-IV-Gesetze auf die Kommunen (KdU) - wobei wiederum auf der Hand liegt, dass Kommunen in Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit von dieser Maßnahme besonders hart betroffen waren und sind.

Zentrales Ziel auf kommunaler Ebene ist die fortschreitende Enteignung öffentlichen Eigentums (besser bekannt als „Privatisierung“) durch das Monopolkapital bzw. ihren reaktionärsten Teil - das Finanzkapital. Seit etwa einem Jahrzehnt sind dabei sog. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP oder PPP) zur favorisierten Form der Privatisierung geworden. Diese fortschreitende Enteignung hat neben der Ausweitung des Niedriglohnsektors und der Errichtung des Hartz-IV-Regimes zur erheblichen Absenkung des Lebensniveaus der

arbeitenden Bevölkerung geführt. Sie ist aber auch auf Widerstand der Bevölkerung und der Gewerkschaften gestoßen.

Die Privatisierungen in Deutschland verliefen in Wellen und betrafen unterschiedliche Bereiche.

Während in den 90er Jahren die bundesweite netzgebundene Infrastruktur im Fokus stand (Bahn, Energie, Post, Telekom), stehen seit den 2000ern die lokale, soziale Infrastruktur im



Foto: HM

Uralte Traditionen, aber die Geier warten schon!

Mittelpunkt wie Wohnung, Gesundheit und Bildung. Während zu Beginn der Enteignungen kommunaler Betriebe bis vor zehn Jahren noch Wohnungsbau-Gesellschaften im Mittelpunkt standen, folgte im nächsten Schritt verstärkt die Enteignung der kommunalen Krankenhäuser und Pflegeheime, gefolgt vom Bildungsbereich, insbesondere von Schulen.

Trotz der großen Privatisierungswellen in den 90ern und 2000ern ist mitnichten davon auszugehen, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Insbesondere auf kommunaler Ebene

sind die Potenziale zur Privatisierung noch lange nicht ausgeschöpft. Zur Einordnung: Während das Eigentum des Bundes einen Wert von ca. 257 Mrd. Euro umfasst, schätzt die Gruppe Gemeingut in Bürgerhand das kommunale Eigentum auf 2 Billionen(!) Euro. Dieses Investitions-Eldorado wollen sich weder Konzerne noch die Banken als Kreditgeber gehen lassen. Das zentrale Druckmittel, um an dieses Eigentum ranzukommen, ist u.a. der bereits genannte gezielt herbeigeführte Investitionstau der Kommunen.

Neben den Schwerpunkten der Privatisierung haben sich in den letzten Jahrzehnten auch die Formen der Privatisierungen verändert. So ist in den letzten 15 Jahren ÖPP die favorisierte Form der Privatisierung. Dieser Formwandel hat im Wesentlichen zwei Gründe:

1. Ganz billig:

Es geht um Etikettenschwindel. So ergaben Forsa-Umfragen 2010, dass sich 79 Prozent der Befragten gegen Privatisierungen aussprachen. In diesem Sinne taucht der Begriff auch im Koalitionsvertrag von Unionsparteien und SPD 2018 nicht ein Mal auf.

2. ÖPP ist eine besondere Form der Privatisierung:

Bei einer „normalen“ Privatisierung verkauft die Kommune ihr Eigentum - der Investor ist ab dem Moment voll für den Betrieb oder das Grundstück verantwortlich und hat ggf. auch eine Insolvenz finanziell zu tragen. Nicht so bei ÖPP: Hier gründen Kommunen und Privatinvestoren in der Regel gemeinsame Gesellschaften, die dann wiederum ggf. Aufträge an Private vergeben. Gebäude etc. werden bei ÖPP nicht verkauft, sondern der Investor wird mit dem Bau und dem Betrieb (z.B. einer Schule) für einen sog. Lebenszyklus (i.d.R. 30 Jahre) beauftragt. Für diese Beauftragung werden in der Regel Vertragswerke abgeschlossen, die nicht nur die Kassen der darauf spezialisierten Anwaltskanzleien mit Steuergeldern klingeln lassen, sondern darüber hinaus zur Wahrung von Geschäftsinteressen der Investoren



geheim sind - selbst Abgeordnete kennen die Verträge häufig nicht, über die sie abstimmen. Das hat aus Sicht der Investoren auch einen guten Grund: Die Verträge enthalten in den häufigsten Fällen (staatliche) Renditegarantien für die Investoren, die keiner öffentlichen Debatte standhalten würden. Dass diese Form der staatsmonopolistisch organisierten Privatisierung mit garantierten Renditen aus Steuergeldern ohne Risiko insbesondere für die Finanzwirtschaft lukrativ ist, liegt nicht zuletzt daran, dass Investitionen in ÖPP frei gehandelt werden können, nämlich als Produkte auf dem Finanzmarkt.

Um ÖPP als favorisierte Form der

kommunalen Enteignung voranzutreiben, setzt die Große Koalition nicht allein auf den wachsenden Investitionstau der Kommunen. Bereits 2009 beschloss die Große Koalition die Verankerung der sog. Schuldenbremse im Grundgesetz.

Diese Schuldenbremse sieht für Bund, Länder und Kommunen ein Verbot von Neuverschuldungen vor. Dass es sich bei dieser Grundgesetzänderung, die die ebenfalls im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung faktisch aussetzt, um den größten Demokratieabbau seit Jahren handelte, blieb in der damaligen eh überschaubaren öffentlichen Debatte unerwähnt. Unerwähnt blieb auch, dass eine Neuverschul-

dung mit einer einzigen Ausnahme nach wie vor möglich ist:

Kreditaufnahmen der Kommunen zur Investition in ÖPP-Projekte sind ausdrücklich erlaubt - sie werden sogar noch vom Bund finanziell gefördert.

Die Schuldenbremse für Kommunen tritt ab 2020 in Kraft. Angesichts des bereits genannten explodierenden Investitionsstaus ist davon auszugehen, dass auf kommunaler Ebene in den nächsten Jahren eine neue Privatisierungswelle ansteht.

Wem also zukünftig an einem lebenswerten Umfeld in seiner Stadt oder Gemeinde gelegen ist, der muss aus diesen Gründen mit der DKP für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums kämpfen.



Gesundheit als Ware? Ihr seid doch krank! DKP Ostholstein: sofortige Rekommunalisierung der Sana-Kliniken

Mitte März diesen Jahres zog der schweizerische AMEOS Konzern seinen Antrag auf Übernahme der SANA-Kliniken im Kreis Ostholstein zurück. Er tat dies verbunden mit der Versicherung, dass die Pläne damit aber nicht vom Tisch seien. Man werde sich Zeit für die Beratungen nehmen und dabei an „der Neuordnung der Versorgungslandschaft zum Wohle der Patienten festhalten“ erklärten die beiden Konzerne unisono, wie der NDR und die Lübecker Nachrichten berichteten.

Die DKP Ostholstein sieht darin den Grundfehler der aktuell üblichen Daseins- und Gesundheitsvorsorge bestätigt.

„Das Vorgehen der Konzerne SANA und AMEOS belegt, wohin eine der Profitlogik unterliegende Gesundheitsversorgung und der herrschende Privatisierungs-Irrsinn führt:

Auf der einen Seite erleben wir verunsicherte Patient*innen, Arzt- und Pflegepersonal in den Kliniken, weil durch Kosteneinsparungen der Konzerne das Personal der Kliniken chronisch unterbezahlt und -besetzt ist, wie die wiederholten „Brandbriefe“ der Ärzte des SANA-Klinikums Olden-

burg/Holstein belegen.

Ebenso zeugen die Probleme um die marode Infrastruktur in der SANA-Klinik Eutin von diesem Wahnsinn, da die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen nun seit geraumer Zeit aufgeschoben werden. Es ist nur



Sana-Klinikum in Eutin

Foto:HM

eine Frage der Zeit, bis die dortigen andauernden und schwerwiegenden Wasserschäden auch zu einer Gesundheitsbedrohung für die Patientinnen und Patienten führen.“ erklärte dazu der Ostholsteiner DKP Vorsitzende Thorsten Lünzmann.

„Auf der anderen Seite erleben wir zwei pokernde Konzerne, die darum feilschen, wie sie den letzten Cent auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger aus dem System quetschen

können und eine hilflose Kommunalpolitik, wie die Aussagen des Ostholsteiner Landrates Sager von der CDU belegen, der erklärt man wisse auch nicht mehr als die Medien berichten und sei im Verfahren außen vor. Dies belegt die katastrophalen Folgen dieser verfehlten Gesundheitspolitik im Interesse der Konzerne“, so Lünzmann weiter.

Die DKP Ostholstein fordert daher die umgehende und entschädigungslose Vergesellschaftung der gesamten Pflege- und Gesundheitsversorgung in Ostholstein, um dann, mittels einer wirklich am Wohl der Menschen ausgerichteten Personalbemessung und -bezahlung des Pflege- und Krankenhauspersonals, eine vernünftige und kommunale Gesundheitsversorgung für die Menschen zu organisieren.

Die an den Menschen ausgerichtete Daseinsvorsorge ist die ureigene Aufgabe des Staates.

Nur so kann endlich wieder eine Gesundheitsversorgung zum wirklichen Wohle der Bevölkerung in der Region sichergestellt werden, bei der der Mensch und seine Anliegen und nicht der Profit einiger Konzerne im Mittelpunkt stehen, erklärten die Ostholsteiner Kommunistinnen und Kommunisten.



Dr. Gniffkes Macht um Acht

Die ARD als Komplize beim Putschversuch in Venezuela

Die ARD begleitet aktuell widerspruchs- und kritiklos die völkerrechtswidrige Politik Washingtons und Berlins

*Von Friedhelm Klinkhammer und
Volker Bräutigam*

Der Zulauf zur vielgestaltigen Bürgerbewegung, die sich „Hände weg von Venezuela!“ auf die Fahnen geschrieben hat, hält unvermindert an.

Empörung herrscht darüber, dass sich US-Präsident Trump mit seinem „Russen raus aus Venezuela!“ ein weiteres Mal über das Völkerrecht hinwegsetzt - auch die Androhung von Gewalt ist gemäß UN-Charta unzulässig - und dass die Bundesregierung fortgesetzt dabei assistiert. Dass die Redaktion ARD-aktuell als Schwester im rechtsverleugnenden Geiste jegliche kritische Berichterstattung über das kriegsgefährliche Treiben verweigert, geht einer wachsenden Zuschauerzahl auf die Nerven.

Soweit Tagesschau & Co. überhaupt aktuell über „Venezuela“ berichten, entledigen sie sich dieser Pflicht in einer unauffälligen Nische ihres Internet-Angebots. In ihren Fernseh-Hauptausgaben findet die Thematik hingegen nicht statt. Zwar sind die Destabilisierungsversuche der CIA und generell die politische Aggression der USA gegen Venezuela nicht neu. Aber soweit die deutsche Bevölkerung Genaueres darüber weiß, erfährt sie es nicht aus den korporierten Massenmedien. Schon gar nicht von Chefredakteur Dr. Gniffkes Qualitätsjournalisten-Garde in der Tagesschau-Reaktion.

Bereits im Juli 2017 hatte der damalige CIA-Direktor und heutige US-Außenminister Michael Pompeo sinngemäß erklärt: Die USA haben großes Interesse daran, sicherzustellen, dass ein „wirtschaftlich so fähiges Land wie Venezuela“ „stabil“ sei. Mit anderen Worten: nicht von Sozialisten regiert. Pompeo: „Wir arbeiten deshalb hart daran.“ Im Klartext: am Sturz der Regierung Venezuelas.

Dieser Hohn auf das Völkerrecht, die dreiste Einmischung in Angelegenheiten eines souveränen Staates, ausgesprochen vom Chef der CIA, fand in der Tagesschau keine Erwähnung.

Bemerkenswert. Auf die politische Einseitigkeit, deren sich Deutschlands wichtigste Nachrichtenredaktion trotz ihrer Verpflichtung zu vollständiger und umfassender Information befleißigt, ist Verlass. Kritische Berichte über die „Freunde“ unterbleiben.



Das Autoren-Team:

Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 - 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Journalist. 1975 - 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der ARD-Tagesschau, nach 1991 in der NDR-Hauptabteilung Kultur. Danach Lehr- und Forschungsauftrag an der Fu-Jen-Universität Taipeh.



Im venezolanischen Konfliktfall degenerierte die ARD aktuell zur medialen Bühne, auf der sich die rechtsradikale CIA-Marionette Guaidó selbst zum Übergangspräsidenten aufblasen und inaugurieren lassen durfte. Gniffke und seine gleichgesinnten / gleichgeschalteten Kollegen in den deutschen Medienhäusern gaben den kriminellen Affenzirkus als nachvollziehbaren, quasi legitimen politischen „Macht-

kampf“ gegen den gewählten Präsidenten Maduro aus.

Kein Wort ließ die Tagesschau über die Motive der seit zwei Jahrzehnten anhaltenden US-Aggression gegen Venezuela verlauten. Nichts darüber, dass in Venezuela kein Kampf „Demokratie vs. Diktatur“ ausgefochten wird, sondern dass sich auch hier alles um ökonomische Interessen dreht:

„Es geht hier vielmehr darum, dass die wohlhabende Klasse in Venezuela die Reformen von Chávez zugunsten der Armen nie akzeptiert hat. Es geht also um Verteilungsfragen, um die sozialpolitische Verfügung über die Einnahmen aus den reichen Ölvorkommen, um den bei erneuter Privatisierung zu befürchtenden Rückfall in die jahrhundertealte Marginalisierung der Unterschichten. Es geht um die Befürchtung, die rechte Oligarchie könne die Überbleibsel der Chávez-Revolution zerstören. Doch derartige Hintergründe sind in der Berichterstattung der Gniffke-Qualitätsjournalisten nicht vorgesehen“.

In der Tat. Dort wird mit fragwürdigem Bildmaterial, Falschmeldungen, Halbwahrheiten und mieser Meinungs-mache ein Bühnenbild gezimmert, in dem die von den USA erpresste und brutal sanktionierte Regierung Venezuelas und ihr Präsident Maduro als schurkische Führer eines heruntergewirtschafteten Landes figurieren sollen.

Mit keiner Silbe wird hingegen über die mordenden Provokateure der Oberschicht berichtet, nichts wird über deren illegitimes Horten von wichtigen Gebrauchsgütern und ihren kriminellen Bruch der Versorgungsketten mitgeteilt; auch wird nicht darauf eingegangen und geklärt, warum das Militär nach wie vor verfassungstreu den Bestand des Staates und der Regierung Maduro garantiert - unbeirrt, trotz der wiederholten gesetzwidrigen Aufforderung Guaidós, zu meutern oder zu desertieren.

Die Halbinformationen der Tagesschau & Co. liefern keine rationale Erklärung dafür, warum die große Mehrheit der ärmeren Bevölkerung Venezuelas weiterhin loyal zu den Chavisten und zu Präsident Maduro steht, trotz der drastischen Verschlechterung ihrer Lebensverhält-

Die ARD als Komplize beim Putschversuch in Venezuela



nisse. ARD-aktuell unterstellt indirekt und fälschlich, bei Maduros Wiederwahl im vorigen Jahr sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die Redaktion geriert sich damit wie gewohnt als williges Agitations-Werkzeug der Merkel/Maas-Funktionselite, dient ihr als Tröte; die journalistische Unterstützung der Bundesregierung bedeutet in der Konsequenz auch Billigung und indirekte Unterstützung der verbrecherischen US-Außenpolitik.

Auf falsche beziehungsweise unterlassene Informationen angesprochen, flüchtet sich die Chefredaktion in niveaulos faule Ausreden. Als wir zum Beispiel in einer formellen Programm-beschwerde am 24. Mai 2017 bemängelten, dass zwar über Proteste der großbürgerlichen Opposition in Venezuela berichtet, im Gegensatz dazu aber Informationen über eine zeitgleiche Massendemonstration zugunsten der Regierung unterdrückt wurden, gab er zur Antwort:

„Auch andere namhafte deutsche Medien gingen nicht darauf ein ... In einer kurzen Meldung wie dieser ist es uns nicht möglich, ausführlich alle Aspekte eines Themas zu beleuchten ...“

Dass halbe Wahrheiten ganze Lügen sind, kümmert Dr. Gniffkes Qualitätsjournalisten nicht die Spur. Sie setzen absichtlich auf Desinformation, in vollkommenem Widerspruch zu den gesetzlichen Pflichten der ARD-aktuell, entgegen Vorgaben wie dieser:

„Ziel aller Informationssendungen ist es, sachlich und umfassend zu unterrichten und damit zur selbstständigen Urteilsbildung der Bürger und Bürgerinnen beizutragen“,

Ein gravierendes Beispiel für Pflichtverletzung stellt die Tagesschau-Berichterstattung über die Landung zweier russischer Militärtransportflugzeuge auf einem Flughafen bei Caracas dar. Auf tagesschau.de heißt es darüber:

„In Venezuela sind russische Militärmaschinen mit 99 Soldaten und Dutzenden Tonnen Ausrüstung gelandet. Die Opposition kritisiert das scharf. Die Regierung Maduro spricht dagegen von einer normalen Militärkooperation“.

Im Text findet sich zwar die formale richtige Wiedergabe des Geschehensablaufes. Was jedoch fehlte, waren konkrete Angaben über die objektiv gegebene Rechtsgrundlage des Militärtransports, einen bereits 2001 geschlossenen Vertrag zwischen Russland und Venezuela.

Uli Gellermann / Friedhelm Klinkhammer / Volker Bräutigam



DIE MACHT UM ACHT

Der Faktor
Tagesschau

2017 brachten die Autoren zusammen mit Uli Gellermann dieses Buch über die veränderte Medienberichterstattung der Tagesschau heraus.
Erschienen im PapyRossa-Verlag

Ersatzweise erwähnt tagesschau.de die Hinweise eines „Sprechers der russischen Botschaft“, was den Vorgang jedoch unzulässig subjektiviert und die Rechtsgültigkeit der Vertragsgrundlage fragwürdig erscheinen lässt. So funktioniert eben subtile Fälschung...

Ja, ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Kontakt: DKP Lübeck Südost-Holstein,
Postfach 10 22 06, 23554 Lübeck
dkp.hl-oh@email.de
www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

Wichtigeres Versäumnis in diesem Fall ist allerdings, dass kein Wort über den politischen Kontext der russischen Militärtransporte nach Venezuela gesagt wird. Sie erfolgen als Unterstützung gegen die politische Aggression der USA, ein rund um den

Globus spürbares Phänomen: Die USA unterhalten in 70 Prozent der Staaten dieser Welt Militärbasen. „America first!“ Amerika über alles! Auch über das Völkerrecht: Donald Trump spricht nur unverblümt den kolonialherrschaftlichen Anspruch der militärischen Supermacht USA aus.

An diesem Punkt wird das vollständige Versagen der Tagesschau sichtbar. Während sie sonst, auch aus nichtigen Anlässen, mit Kritik an Trump nicht spart, beweist sie zuverlässig verschwiegenes Verständnis, sobald es um die Kriegstreiberei der USA geht.

Die Tagesschau verschweigt Motive und aggressive Methoden der Drahtzieher der Destabilisierung Venezuelas: Nichts davon, dass US-Außenminister Pompeo trotz der völkerrechtlich einwandfreien, 18 Jahre alten russisch-venezolanischen Militärkooperation seinen Außenministerkollegen Sergej Lawrow angerufen und gedroht hatte, dass

„die USA und Länder der Region nicht tatenlos zusehen werden, wie Russland die Spannungen in Venezuela verschärft.“

Dreist. Selbstverständlich unterließen es Dr. Gniffkes Qualitätsjournalisten auch, über die couragierte und Bündige Antwort zu berichten, die der venezolanische Außenminister Jorge Arreaza auf Mike Pompeos Unverschämtheit hin gab: Es sei blanker

„Zynismus, dass ein Land wie die USA mit mehr als 800 Militärbasen in der Welt, einem beachtlichen Teil davon in Lateinamerika, und einem wachsenden Militärbudget von mehr als 700 Milliarden Dollar“

sich in die militärtechnischen Kooperationsprogramme zwischen Russland und Venezuela einmische. Für „Spannungen“ im Land Sorge vielmehr die US-Regierung durch ihre

„Drohungen mit Gewaltanwendung, die kriminelle Wirtschaftsblockade und die direkte Führung beim gescheiterten Putsch-Versuch.“ (ebd.)



Die ARD als Komplize beim Putschversuch in Venezuela

Fortsetzung von S.11

Das von unseren Massenmedien - Gniffkes abgetakeltes „Flaggschiff“ Tagesschau inklusive - verbreitete Propagandaszenario „Diktator Maduro gegen Demokrat Guaidó“ und das Verniedlichen beziehungsweise Verschweigen der US-amerikanischen Rolle in dem Konflikt dienen der Täuschung des deutschen Zuschauers: Das Lügengewebe soll bemänteln, dass die Einmischung der USA allein das Ziel hat, den Zugriff US-gestützter Konzerne auf das venezolanische Öl zu ermöglichen und die Hegemonie der USA in ihrem Hinterhof zu sichern. Historische Ideen-Grundlage dafür ist die „Monroe-Doktrin“ und deren Forderung „Amerika den (US-)Amerikanern“.

Die agitatorisch-propagandistische Darstellung der Tagesschau gibt lediglich vor, dass es dem „Werte-Westen“ um Demokratie und um das Wohlergehen der venezolanischen Bevölkerung gehe. Tatsächlich liegt jedoch der US-Politik die gleiche imperialistisch-militaristische Blaupause zugrunde wie schon ihren regionalen Kriegen der zurückliegenden 20 Jahre: gegen Jugoslawien, Irak, Somalia, Libyen, Syrien und Ukraine. Immer das gleiche Muster: funktionierende Staatswesen zerstören und chaotisieren, die sich dem US-Imperium nicht unterwerfen wollen. Nach Erbkönigs Motto:

„Ich liebe dich, mich reizt deine schöne Gestalt; Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“

Dass Russland ... ganz offensichtlich nur versucht, die Reißleine zur Verhinderung einer völkerrechtswidrigen Intervention der US-Regierung zu ziehen, hat für Gniffke und Co. in diesem Propagandarahmen keinen Gebrauchswert. Trotz steigender Gefahr einer unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen den Atom-mächten USA und Russland. Mehr journalistische Ignoranz geht wirklich nicht.

Ein kurzfristig anberaumtes Treffen in der italienischen Hauptstadt zwischen dem „Sonderbeauftragten der USA“ für venezolanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, und dem stellvertretenden russischen Außenminister Sergej Rjabkow diente einem unverblühten Meinungs-austausch über die Situation in Venezuela. Auch von dieser

Zusammenkunft berichte die Tages-schau nichts.

Abrams ist, wie man inzwischen weiß, kein gewöhnlicher Diplomat. Er ist ein Regime-Change-Spezialist mit krimineller Vergangenheit, verurteilt wegen Unterstützung terroristischer Operationen, insbesondere während der berüchtigten Iran-Contra-Affäre zur Destabilisierung Nicaraguas in den 1980er Jahren. Ein verurteilter Verbrecher, auf freiem Fuß nur dank eines präsidialen Gnadenaktes. Seine Ernennung durch Präsident Trump unterstreicht die kriminelle Energie in Washingtons Vorhaben, den Regime-wechsel in Caracas zu erzwingen.

Viele Einzelheiten des Gesprächs in Rom wurden nicht bekannt. Als sicher gilt jedoch, dass Rjabkow seinem Gegenüber Abrams unmissverständ-



lich die Grenzen aufzeigte: Moskau dulde keine US-amerikanische Militärintervention in Venezuela.

Russlands rote Linie: Das Völkerrecht, die Souveränität der Nationen und internationales Vertragsrecht sind zu achten, wie es Moskau bereits in Bezug auf Syrien vorgeführt hat.

Es liegt nahe, dass die Landung russischer Offiziere in Caracas den US-Abenteurern vor Augen führen sollte, wie entschieden Russland sich gegen eine militärische US-Intervention in Venezuela stellt. Journalistischer Qualitätsnachweis: Gniffke und sein Propaganda-Institut bemerkten das nicht oder wollten es nicht bemerken, jedenfalls verschwiegen sie die Nachrichten über das Treffen in Rom komplett.

Der ARD-aktuell liegt es eben fern, den beabsichtigten Beutezug der USA in Venezuela medial zu problematisie-

ren. Sie assistiert vielmehr der USA-hörigen Bundesregierung.

Unübersehbar wurde das an der Art, wie sie dem perplexen Zuschauer als bare Selbstverständlichkeit verkaufte, dass Außenminister Heiko Maas den selbsternannten Gegenpräsidenten Guaidó diplomatisch anerkannt hatte. Die Hamburger Qualitätsjournalisten unternahmen keinen Versuch, diese politische Absurdität gründlich auszu-leuchten.

Maas, der größte Außenminister aller Zeiten, ignorierte das Völkerrecht. Er missachtete den Grundsatz, nur Staaten, nicht Personen diplomatisch anzuerkennen. Er setzte sich darüber hinweg, dass Guaidó sich nicht nur nach venezolanischen, sondern international gültigen und auch nach deutschen Rechtsnormen strafbar gemacht hatte: Landesverrat (Umsturz-planung mit militärischer Unterstützung ausländischer Regierungen, hier der USA und Kolumbiens), Hochverrat (gewaltsamer Umsturzversuch vom Inland aus), Aufforderung an die Armee zur Meuterei, Aufforderung an die Truppen zur Desertion, unerlaubter Zugriff auf venezolanische Guthaben im Ausland, unerlaubter Grenzübertritt, Anstiftung zur gewalt-samen Grenzverletzung vom Ausland aus, Amtsanmaßung.

Guaidós widerrechtliche und strafwür-dige Aktivitäten benennen und proble-matisieren, das wäre seriöser Jour-nalismus gewesen.

Aber die ARD-aktuell-Redaktion bot nichts dergleichen. Sie ließ keinen Verdacht aufkommen, dass es sich bei der willfährigen und schändlichen „Anerkennung“ um eine deutsche Tributleistung gehandelt haben könnte: ein Gegengeschäft für Präsident Trumps Verzicht, Strafzölle auf deutsche Autoexporte zu erheben. Sie versuchte stattdessen, mit Katastrophen-berichten aus Venezuela auf die Tränendrüsen des Publikums zu drük-ken. Dazu dienten Informationen über das angeblich massenhafte Kinde-rleid. Die Stichworte zu den venezola-nischen Horrorszenerarien stammten allerdings aus den Kampagnen des Möchte-Gern-Präsidenten Guaidó:

„Seit 24 Stunden funktioniere

Die ARD als Komplize beim Putschversuch in Venezuela



nichts mehr, schimpft Karolina Vera, eine Enddreißigerin mit Kleinkind an der Hand. „Seit gestern ist der Strom weg,“...

... lassen unsere großartigen ARD-Qualitätsjournalisten eine opportune Zeugin schimpfen; sie geben damit einer emotionalen Einzelstimme Raum, anstatt selbst sachlich zu berichten. Der Zweck immer der gleiche: Stimmungsmache gegen Venezuelas Regierung.

Seriöser Journalismus zeichnet sich durch Unparteilichkeit, Vollständigkeit und Kontinuität in der Krisenberichterstattung aus. Von derart zuverlässigem Nachrichtenangebot ist die Tagesschau meilenweit entfernt. Sie unterschlägt nur allzu oft Wesentliches. Beispiel:

Der vom „Übergangspräsidenten“ Guaidó für Deutschland ernannte „Botschafter“ Otto Gebauer wurde von Außenminister Maas nur als „Gesprächspartner“ empfangen. Sogar unserem Häuptling Große Klappe scheint inzwischen zu dämmern, dass die bedenkenlose Anerkennung Guaidós eine Peinlichkeit sondergleichen ist. Gebauer, schon 2002 beim Putsch gegen Hugo Chavez ein wichtiger Strippenzieher, wurde am 13. März 2019 in Berlin nicht als Botschafter akkreditiert, son-

dern nur „als persönlicher Vertreter von Interimspräsident Guaidó“ bezeichnet.

Als die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel wissen wollte, warum Gebauer nicht formell akkreditiert werde, ließ das Außenministerium verlauten:

„Hierfür sind die politischen Rahmenbedingungen aus Sicht der Bundesregierung nicht erfüllt.“

Begründung: Gemäß der venezolanischen Verfassung sei die maximale Amtszeit eines Interimspräsidenten (30 Tage) mittlerweile überschritten; innerhalb der Frist hätten Neuwahlen ausgerufen werden müssen. Warum Guaidó trotz des Fristablaufs noch als „Interimspräsident“ titulierte wird, wollten oder konnten Maas und seine Leute allerdings nicht erklären.

Na bravo. Da sollte anscheinend ein von den Berliner Außenamts-Juristen geöffnetes Scheunentor als Hintertürchen für Maas fungieren. Aber der, gebückt Richtung Washington, wagte wohl nicht mal jetzt, sich unter dem schön herausgearbeiteten Vorwand aus der Affäre zu ziehen.

Es gäbe inzwischen sogar noch eine weitere förmliche Begründung für ihn, die Biege zu machen. Guaidó dürfe in den nächsten 15 Jahren kein politi-

sches Amt ausüben, teilte der venezolanische Staatsrechnungsprüfer Elvis Amoroso mit. Seine Begründung:

„Er hat ihm nicht zustehende öffentliche Aufgaben wahrgenommen und gemeinsam mit ausländischen Regierungen Aktionen zum Schaden des venezolanischen Volkes durchgeführt.“

Zudem gebe es Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner Einkünfte.

Es wäre dies ein weiteres von mehreren Ermittlungsverfahren gegen Guaidó in Venezuela. Aber die deutsche Qualitätsjournalistin fragt einfach nicht danach. Sie reicht vielmehr unbeirrt den venezolanischen Ladeschwengel und Hampelmann der US-Amerikaner als „Präsident“ ohne Land herum.

Schon gar nicht zeigt Chefredakteur und SPD-Mitglied Dr. Kay Gniffke irgendwelche Spuren professioneller Hygiene. Er lässt seine Leute wegschauen. Ein möglicher Grund: Er will seinen Parteifreund Maas nicht als die Witzfigur dastehen lassen, zu der sich Heiko I. der Große selbst aufgemandelt hat. Gniffke möchte SWR-Intendant werden. Dazu braucht er jede Stimme im Rundfunkrat, auch die der Intelligenzen unter seinen Sozi-Parteigenossen.

Unvergessen - Trotz alledem!

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 ermordet

Hundert Jahre nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, nach hundert Jahren Kommunistischer Partei in Deutschland bestätigt sich deren Notwendigkeit für die Zukunft.

„Ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird - leben wird unser Programm“, schrieb Karl Liebknecht in der „Roten Fahne“ vom 15. Januar 1919. Er selbst und Rosa Luxemburg, die Kämpfer für Frieden und eine gerechtere Gesellschaftsordnung, lebten nur bis zum folgenden Abend, dann hatten sie die rechten Offiziere festgenommen und mit Zustimmung angeblicher Sozialisten erschossen.

„KPD lebt“, stand Jahre später auf Zetteln, Blättern, Wänden. Gedruckt



mit Kinderstempeln und Matrizendruckern, gemalt mit Farbe. Die Drucker und Schreiber riefen zum Sturz Hitlers auf, riskierten Zuchthaus und KZ und bewiesen, dass der Naziterror die kommunistische Partei nicht hatte zerstören können.

„KPD lebt“ - gut elf Jahre nach der Befreiung vom Faschismus schrieben das wieder Kommunisten heimlich auf Wände, um zu zeigen, dass auch die Adenauer-Verfolgung ihre Partei nicht zum Stillhalten zwingen konnte.

In dem Programm, das die KPD sich zwei Wochen vor Liebknechts letztem Artikel gegeben hatte, heißt es: „Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und



Unvergessen - Trotz alledem!

Fortsetzung von S.13

Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchbringen.“

Eine dieser bitteren Erfahrungen auf dem Weg zur KPD-Gründung war der Verrat von 1914: Die rechten SPD-Führer hatten den Kriegskrediten zugestimmt und verraten, was die internationale Arbeiterbewegung sich als Ziel, Programm und Strategie erarbeitet hatte.

„Geschändet, entehrt, im Blute wadend, von Schmutz tiefend - so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt - als reiße Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit -, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“ schrieb Rosa Luxemburg im April 1915 über diesen ersten weltweiten Krieg der Imperialisten.

Bereits in diesem Jahr 1915 gibt es die ersten Lebensmittelunruhen und Frauendemonstrationen gegen den Krieg. Arbeiter, unter der Gefahr, in das Völkerschlachten eingezogen zu werden, brachen mehr und mehr aus der Parteidisziplin der SPD aus und organisierten eigenständige Agitations- und Propagandaarbeit sowie Aktionstätigkeit. Die Wurzeln für die Novemberrevolution 1918 verfestigten sich.

Im vergangenen Jahr war viel zu sehen, zu hören und zu lesen anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution in Deutschland. Wer sich jedoch wirklich mit den historischen Fakten der Novemberrevolution befasst, der stellt schnell fest, dass nahezu alle dieser Verlautbarungen im letzten Jahr versuchten die Lehren der Geschichte im Nachhinein zu klittern, sie im Sinne der herrschenden Klasse zu verdrehen, besonders wenn diese sie als Geburtsstunde der westlichen, bürgerlich kapitalistischen Demokratie darzustellen versuchten.

So lobte zum Beispiel Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede im Bundestag am 9. November 2018 die Revolution als „Aufbruch in die Moderne“, „Viele ihrer Errungenschaften prägen heute unser Land“. Nicht nur gleiches Wahlrecht, auch für Frauen, „auch Grundsteine des modernen Sozialstaats legte

diese Revolution: Achtstundentag, Tarifpartnerschaft, Mitbestimmung durch Betriebsräte - all das steht für den sozialen Fortschritt, der damals inmitten der Nachkriegswirren begann“ so hört es sich an, wenn ein Bundespräsident auf die Geschichte blickt, um uns zu erklären, dass wir in der besten möglichen Gesellschaft leben.

Völlig falsch ist es nicht, was Steinmeier sagt: Die Bevölkerung erkämpfte damals soziale Verbesserungen und demokratische Rechte. Was er unterschlägt: Wofür die Massenbewegung kämpfte und was die SPD-Führer den Menschen versprochen war etwas anderes:



Produktion für die eigenen Bedürfnisse statt Acht-Stunden-Ausbeutung, die Wirtschaft in gesellschaftlichem Eigentum statt „Mitbestimmung“. Die Errungenschaften der Novemberrevolution konnte die Bewegung nur erkämpfen, weil sie ein ganz anderes Ziel als unsere heutige bürgerlich kapitalistische „Demokratie“ im Sinn hatte, die „Demokratie“ der Weimarer Nationalversammlung war nur das Zugeständnis, um die Menschen ruhigzustellen, weil Kanonen und Maschinengewehre dafür nicht ausreichten.

Im Gegenteil zu Steinmeier Geschichtsklitterung war die Novemberrevolution in Wirklichkeit der erste ernsthafte Versuch der deutschen Arbeiterklasse gegen die Not und das Elend aufzubegehren, welches ihnen die imperialistischen Monarchien im

Verbund mit dem Bürgertum mittels Nationalismus, Hunger, Armut, Krieg und Ausbeutung geschaffen hatten: Die erlebte Barbarei des ersten Weltkrieges. Erstmals wagte die Arbeiterklasse den offenen Bruch mit der bürgerlich imperialistischen Herrschaft der Fürsten und des Kapitals.

Nur durch das Fehlen einer wirklich ordnenden marxistischen Partei, stattdessen mit Hilfe einer angepassten und korrumpierten „Arbeiter-Elite“ in den Führungen von SPD und USPD und mit Hilfe der alten, verhassten Militärmacht gelang es dem Bürgertum den revolutionären Sturm in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes zu zerschießen, welcher in Kiel unter der roten Fahne seinen Anfang genommen hatte.

„Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.“ schrieb Gustav Noske 1920 in „Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution“ im Berliner Verlag für Politik und Wirtschaft. Der noch vom kaiserlichen Gouverneur von Kiel, Wilhelm Souchon, dem Vater des späteren Mörders von Rosa Luxemburg, aus Berlin herbeigerufene „vernünftige“ SPD-Mann Gustav Noske verdrängte unter Ausnutzung der Gutgläubigkeit der aufständischen Arbeiterschaft rasch den revolutionären Metallarbeiter und USPD-Mann Karl Artelt von der Spitze des Soldatenrats und ließ die von den Arbeitern requirierten Waffen einsammeln.

Noske hasste die Revolution, wie so viele rechte SPD-Führer, die schon lange im bürgerlichen System angekommen waren. Als späterer „Wehrminister“ schuf er und der heute von der SPD so verehrte Friedrich Ebert, zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft die sogenannten Freicorps, eine konterrevolutionäre, monarchistische Soldateska, aus deren Reihen später zahlreiche der SA- und SS-Führer hervorgegangen sind.

„Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarz-weiß-rotes Band / die Brigade Ehrhardt werden wir genannt. / Die Brigade Ehrhardt schlägt alles kurz und klein / Wehe dir, wehe dir du Arbeiterschwein!“

Mit solchen Liedern auf den Lippen und in diesem Geist wüteten die

Unvergessen - Trotz alledem!



Hakenkreuzler, die Sturmtruppen der Reaktion schon damals und zerschlugen die Hoffnung auf eine friedliche, gerechte neue Weltordnung. Diese konterrevolutionäre Soldateska sorgte - im Namen der bürgerlich republikanischen Regierung - dafür, dass die Arbeiter- und Soldatenräte überall im Reich blutig entmachtet und ermordet wurden und der alte, aus der Monarchie übernommene Staats- und Verwaltungsapparat erhalten blieb.

Aus dieser geschichtlichen Realität heraus stellte sich die Frage nach der politischen Orientierung, nach der politischen Führung. Die Notwendigkeit der Neugründung einer revolutionären Klassenpartei stand ab sofort auf der Tagesordnung. Denn die Mehrheit des Vorstands derjenigen Partei, welcher der Großteil der klassenbewussten Arbeiterschaft zu Zeiten der Novemberrevolution immer noch anhing, der SPD, hatte diese in den Krieg geschickt und mit der revolutionären Erhebung nichts zu tun, sie war hauptverantwortlich für die blutige Zerschlagung der Revolution. Stattdessen schufen sie die bürgerlich kapitalistische Republik, die sich bereits bei ihrer Gründung nur mit Gewalt gegen die Menschen durchsetzen konnte.

„Vor allen Wahllokalen waren Posten mit Stahlhelmen, Handgranaten und Schusswaffen aufgestellt worden“, berichtete eine Zeitung über die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Regierungstruppen mit Kanonen, Patrouillen mit Maschinengewehr auf dem Auto: Das war die Kulisse für die Abstimmung, die den Terror gegen die Revolution legitimieren sollte und die die SPD-Führer zum Höhepunkt der Revolution erklärten.

Parlament statt Räte, Freikorps statt Volksarmee, statt Sozialismus das Versprechen auf „Sozialisierung“ - und kapitalistische Ausbeutung unter Mitverwaltung der SPD. Diese Wahl und diese Revolution nennen Mainstream-Medien und -Akademiker die „Geburtsstunde der deutschen Demokratie“.

Auf ihren Wahlplakaten warnte die SPD vor dem „Terrorismus“ der „berühmtesten Spartakusrotte“. Während des Wahlkampfes war Gustav Noske noch „Volksbeauftragter für Heer und Marine“, drei Wochen später durfte er

sich Reichswehrminister nennen. Unter seinem Befehl marschierten am 14. Januar Truppen nach Berlin, in einem Aufruf an die Bevölkerung ließ Noske ausrichten: „Neuen Gewalttätigkeiten der Spartakusleute muss durch die Waffengewalt vorgebeugt werden.“

Noske ließ vorbeugen. Am folgenden Abend würden die Mörder mit Schulterstücken Rosa Luxemburgs Leiche in den Landwehrkanal werfen und behaupten, dass sie Karl Liebknecht „auf der Flucht“ erschossen hätten.

Noch etwas anderes sagt uns dieses Bild von der „Geburtsstunde der Demokratie“: Sie baut darauf auf, dass SPD-Führer reaktionäre Freikorps revolutionäre Arbeiter niederschlagen ließen. Sie baut auf auf dem Mord an Liebknecht und Luxemburg. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde der deutsche Imperialismus erneut zur bürgerlichen Demokratie gezwungen – und wieder gehörte dazu: Die Bewegung gegen die Remilitarisierung unterdrücken, KPD verbieten, Kommunisten einsperren oder mit Berufsverbot verfolgen. So wurde 1919 das geboren, was unsere Regierung eine Demokratie nennt: Die Konzerne behielten die Kontrolle über den Staat, die revolutionären Arbeiter begruben ihre Toten.

Nach der Trennung von den Opportunisten, der Gründung der kommunistischen Partei sagte Rosa Luxemburg: „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.“

Mit der Gründung der KPD erhielt die deutsche Arbeiterbewegung wieder eine marxistische Vorhut als wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisie und den Übergang zum Sozialismus.

Größer als die Siege waren die Niederlagen, die die KPD, ihre Nachfolger und ihr Programm durchlebt haben: 1919 die revolutionären Aufstände niedergeschlagen, 1933 die Macht an die Faschisten übergeben, 1949 Deutschland geteilt und im Westen die Macht der Konzerne neu errichtet, 1989 die Konterrevolution, die die Fehler des DDR-Sozialismus für seine Zerschlagung nutzen konnte.

Mit der Gründung der KPD zogen

Liebknecht und Luxemburg den Schluss aus den Erfahrungen der SPD. Die Gewerkschaftsführungen und die Parlamentsfraktion der SPD versprachen, als Stellvertreter der Massen die Probleme zu lösen und warnten vor linksradikalen Provokationen. Rosa Luxemburg schrieb in der „Roten Fahne“ - ebenfalls kurz bevor sie ermordet wurde: Jede der Niederlagen sei „ein Teil unserer Kraft und Zielklarheit“. Denn die KPD stand für ein Programm, das die gesamte Arbeit der Partei darauf ausrichtete, die arbeitenden Menschen zu einer bewusst handelnden Kraft zu formieren - die Niederlagen seien Lehren auf dem Weg, dessen Ziel das Parteiprogramm so beschrieb: „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt.“

Liebknecht hatte Zweifel, ob er selbst noch leben werde, wenn es erreicht ist – weil er wusste, wozu die Vertreter des Kapitals bereit sind, um ihre Macht zu sichern. Er hatte keinen Zweifel, dass das Programm der neu gegründeten KPD durch die Niederlagen weiterleben werde – weil er wusste, dass die Widersprüche des Kapitalismus selbst die Notwendigkeit des Sozialismus zeigen und zu ihrer Aufhebung in der Revolution drängen. Dieses Gesetz ändert nichts daran, dass nicht vorausberechnet werden kann, wann es erreicht wird, so dass die KPD nun seit 100 Jahren lebt und kämpft.

Die KPD heißt nicht mehr KPD – 1946 hat sich ein Teil von ihr mit der SPD vereinigt und SED genannt, 1968 haben die Kommunisten in der Bundesrepublik ihre Partei unter dem Namen DKP neu konstituiert.

Die KPD lebt, weil der Kapitalismus seither nicht besser, sozialer oder menschlicher geworden ist, weil er weiterhin weltweit nur Not und Krieg produziert.

Die KPD lebt, weil die Kommunisten auch heute das Programm für eine Gesellschaft der Solidarität und des Friedens zur Richtschnur in der täglichen Arbeit unter Kollegen, Nachbarn und Freunden machen.

... lesen Sie mal rot!



Wochenzeitung der DKP

- Ich möchte die uz 6 Wochen probelesen. (Abo endet automatisch)
- mehr Infos über die DKP und ihr Programm.
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____



Coupon einsenden an:
CommPress Verlag GmbH,
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
oder per Mail schicken:
dkp.hl-oh@email.de
Tel: 0173-2188310



Die letzte Seite



Bertolt Brecht

Das Gedächtnis der Menschheit

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldet Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.

Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen.

Der Regen von gestern macht uns nicht nass sagen viele.

Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Clara Zetkin

Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!



Impressum:
DKP Lübeck Südost-Holstein
 dkp-luebeckkostholstein.blogspot.de
 E-Mail: dkp.hl-oh@email.de
 V.i.s.d.P.: Henrik Matthes